



Niederschrift

33. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Dezember 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 30 der Tagesordnung: Anerkennung des DGTI-Ergänzungsausweises der "Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität" in Karlsruhe und Mitgliedschaft im "Rainbow Cities Network"

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2021/1234

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 30 zur Behandlung auf.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Die Stadt Karlsruhe oder besser gesagt das Auftreten der Verwaltung unserer Stadt gegenüber queeren Menschen hat sich maßgeblich verändert. Anfangs der 2010er Jahre konnte die eingetragene Lebenspartnerschaft hier in Karlsruhe nicht auf dem Standesamt geschlossen werden, weil der damaliges Oberbürgermeister, Herr Fenrich, dies nicht wollte. Durch eine neue und damals erstmals grün geführte Landesregierung wurde die Rechtslage hierfür verändert und dieser diskriminierende Umstand beendet. Zudem brachte ein neuer Oberbürgermeister, Frank Mentrup, eine andere Stimmung in die Stadtverwaltung.

Mit unserem Antrag Vielfalt@KA sorgten Jorinda Fahringer und ich als politische SprecherInnen in der Fraktion sowie unsere Grüne-Fraktion hier 2019 für einen neuen Anstoß, um die Akzeptanz in der Stadt noch weiter voranzubringen. Auf Initiative der AIDS-Hilfe Karlsruhe hat sich darauf hin mit meiner Unterstützung die queere Vernetzung Karlsruhe initiiert. Die Stadtverwaltung ist bei den Treffen durch eine Person aus der SJB und das städtische Klinikum durch ihre Gleichstellungsbeauftragte immer vertreten. Aus der queeren Community erhalte ich hierfür und für die Arbeit der Verwaltung durchweg positive Rückmeldungen, wie, „Jetzt gibt es Bewegung in der Stadtverwaltung bezüglich queerer Belange“ oder „Es ist toll, in

Karlsruhe zu leben, denn hier tut sich jetzt auch was für queere Menschen“ oder „Wir sind dem Oberbürgermeister sehr dankbar für seine Unterstützung“. So möchte auch ich die Gelegenheit nutzen und den Menschen der Verwaltung danken, denn auch ich bin Ihnen dankbar für Ihr Engagement und Ihre gute Arbeit in diesem Feld. Bitte bleiben Sie hier am Ball.

So freuen wir uns auch über die positive Beantwortung zum DGTI-Ergänzungsausweis und den bereits heute schon sensiblen Umgang, wie Sie ihn hier darstellen. Durch den Dialog mit den verantwortlichen Schulen und Hochschulen kann der adäquate Umgang noch weiter bekannt gemacht werden. Lassen Sie uns gemeinsam hier aktiv bleiben und etwas bewegen. Gerade bei der Umgestaltung des Corporate Designs für die richtige Ansprache und den richtigen Umgang würde ich mir noch mehr Tempo wünschen, denn es wäre schön, wenn wir in einem vielfältigen Chaos alle angemessen erreichen können. Wir zeigen uns mit der Antwort der Verwaltung mehr als zufrieden, vielen Dank.

Stadträtin Böringer (FDP): Ich möchte etwas zitieren, und zwar: „Wir Freie Demokraten wollen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen“, und „Selbstbestimmung heißt für uns, so leben zu können, wie man ist. Jeder Mensch soll seinen Lebensentwurf verwirklichen, und daher wollen wir weltweit Toleranz fördern und der Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher oder sexueller Identität ein Ende setzen“. Soweit das Programm der Freien Demokraten.

Diese Werten folgend, möchte ich die Zustimmung meiner Fraktion zum vorliegenden Antrag mitteilen. Wie es die Stadtverwaltung aber beschreibt, ist ein vollständiger Ersatz dieses Ausweises derzeit nicht möglich, was auch eine Abstimmung zu Ziffer 1 nicht ermöglicht. Sollte also das bundeseinheitlich kommen, so begrüßen wir das sehr und des Weiteren begrüßen wir auch die Aktivitäten, die die Stadt bereits zu diesem Thema in Gang gesetzt hat. Den Beitritt zum Netzwerk Rainbow Cities unterstützen wir ebenfalls. Auch wenn wir keine großen Freunde all dieser Städtenetzwerke sind, wollen wir dieses Zeichen auf jeden Fall setzen, und nebenbei wollen wir nicht, dass der Karlsruher Oberbürgermeister dem Mannheimer Oberbürgermeister erklären muss, warum die eigenen Kommune nicht teilnimmt. Schade, wir wären gerne auch Vorreiter gewesen. Sollte es jetzt zur Abstimmung kommen, dann bitten wir eigentlich wegen der rechtlichen Unmöglichkeit zu Ziffer 1, da geht es ja um den Ersatz, um getrennte Abstimmung, und im Weiteren signalisieren wir Zustimmung, vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, da die antragstellende Fraktion mit unserer Vorgehensweise einverstanden war, brauchen wir das jetzt nicht zur Abstimmung zu stellen. Das mit den Netzwerken hatte ich ja schon mal mit Ihnen besprochen, dass wir nur noch in ausgewählten Fällen beitreten, und gegebenenfalls müssen wir Sie dann auch noch mal bemühen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: